



**Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Unterwasserarchäologie e.V.**

**Frage:** Die Groko hat es im 19. BT nicht geschafft, die Ratifizierung der UNESCO Konvention 2001 einzuleiten. Welchen Anteil an diesem Versäumnis tragen Sie als großen Koalitionspartner? Mit welchen Maßnahmen würden Sie das Ratifizierungsverfahren bei einer Regierungsbeteiligung im 20. Deutschen Bundestag vorantreiben?



**Antwort:** Ein Vorschlag der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, den Schutz der Kulturgüter am Meeresgrund institutionell im staatlichen Behördenaufbau abzubilden, bedarf der Prüfung durch die zuständigen Behörden auf Bundes- und Landesebene. Diese Prüfung dauert auf Bundesebene derzeit noch an. CDU und CSU streben eine Unterzeichnung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz des Unterwasser-Kulturerbes durch die Bundesrepublik Deutschland nach Klärung dieser administrativen Fragen bis Ende des Jahres 2021 sowie eine zügige Ratifizierung der Konvention in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages an.

**Antworten auf die Wahlprüfsteine von der Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Unterwasserarchäologie e.V. anlässlich der Bundestagswahl 2021**

**Frage:** Wie steht die BÜNDNIS/DIE GRÜNEN zur Ratifizierung der UNESCO Konvention 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturerbes durch den Deutschen Bundestag? Mit welchen Maßnahmen würden Sie die Einleitung des Ratifizierungsverfahren bei einer Regierungsbeteiligung im 20. Deutschen Bundestag vorantreiben?





**Antwort:** Nach unserem Wissen plant die jetzige Bundesregierung noch eine Unterzeichnung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz des Unterwasser-Kulturerbes. Wir GRÜNE unterstützen dieses Vorhaben. Falls es nicht mehr zu einer Unterzeichnung in dieser Wahlperiode kommen sollte, werden wir uns dafür einsetzen, das Ratifizierungsverfahren schnellstmöglich auf den Weg zu bringen.

**Wahlprüfstein Deutsche Gesellschaft zur Förderung der Unterwasserarchäologie e.V.**

**Frage:** Ratifizierung der UNESCO Konvention 2001 – Wird die SPD im 20. Bundestag die Ratifizierung der UNESCO Konvention 2001 voranbringen? Warum hat



<p>die SPD den Ratifizierungsprozess durch das von ihr geführte AA in der 19. Legislaturperiode nicht einleiten können? (siehe Antwort WPS 339 v. 16.8.2017)</p>	
	<p><b>Antwort:</b> In der Vergangenheit geäußerte Bedenken gegen die Annahme der Konvention – insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Widerspruch des Übereinkommens mit dem UN-Seerechtsübereinkommen – konnten inzwischen ausgeräumt werden. Deutschland arbeitet nun darauf hin, dem UNESCO-Übereinkommen zum Schutz des Unterwasser-Kulturerbes beizutreten. Der Beitritt soll außerdem mit einem Ausführungsgesetz verknüpft werden, das die Denkanstöße der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina wie auch die Interessen der Küstenländer berücksichtigt. Die Ratifizierung verzögert sich momentan aufgrund umfangreicher Abstimmungen mit allen Beteiligten. Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass sie in der kommenden Legislaturperiode erfolgt. Das Übereinkommen trägt maßgeblich zum Schutz des nur unzureichend gesicherten Unterwasser-Kulturerbes in internationalen Gewässern bei und ist ein starkes Bekenntnis zum Kulturgutschutz auf internationaler Ebene.</p>
<p><b>Betr.: Antwort Wahlprüfsteine DIE LINKE</b></p>	
<p><b>Frage:</b> Unterwasserarchäologie – Wie steht DIE LINKE zur Ratifizierung der UNESCO Konvention 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturerbes durch den Deutschen Bundestag? Mit welchen Maßnahmen würde DIE LINKE die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens bei einer Regierungsbeteiligung im 20. BT vorantreiben?</p>	
	<p><b>Antwort:</b> DIE LINKE befürwortet die UNESCO Konvention 2001 zum Schutz des Unterwasserkulturerbes und wird sich bei einer Regierungsbeteiligung für eine schnelle Einleitung des Ratifizierungsverfahrens einsetzen und für die Unterstützung dieses Verfahrens im Deutschen Bundestag eine möglichst breite - über die Regierung hinausgehende - Mehrheit suchen. (Berlin, den 16.08.2021)</p>
	
	<p><b>Bisher keine Stellungnahme!</b></p>

